

## WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 4195

[C - 2008/00959]

**1 JUNI 2008. — Wet houdende de invoering van een belastingvermindering voor aandelen in ontwikkelingsfondsen voor microfinanciering in ontwikkelingslanden en houdende de vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning als ontwikkelingsfonds. — Duitse vertaling**

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 1 juni 2008 houdende de invoering van een belastingvermindering voor aandelen in ontwikkelingsfondsen voor microfinanciering in ontwikkelingslanden en houdende de vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning als ontwikkelingsfonds (*Belgisch Staatsblad* van 4 juli 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 4195

[C - 2008/00959]

**1<sup>er</sup> JUIN 2008. — Loi instaurant une réduction d'impôt pour les participations sous la forme d'actions dans des fonds de développement du microfinancement dans les pays en développement et fixant les conditions d'agrément en tant que fonds de développement. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 1<sup>er</sup> juin 2008 instaurant une réduction d'impôt pour les participations sous la forme d'actions dans des fonds de développement du microfinancement dans les pays en développement et fixant les conditions d'agrément en tant que fonds de développement (*Moniteur belge* du 4 juillet 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 4195

[C - 2008/00959]

**1. JUNI 2008 — Gesetz zur Einführung einer Steuerermäßigung für Beteiligungen in Form von Aktien an Entwicklungsfonds für Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern und zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung als Entwicklungsfonds — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 1. Juni 2008 zur Einführung einer Steuerermäßigung für Beteiligungen in Form von Aktien an Entwicklungsfonds für Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern und zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung als Entwicklungsfonds.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

**1. JUNI 2008 — Gesetz zur Einführung einer Steuerermäßigung für Beteiligungen in Form von Aktien an Entwicklungsfonds für Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern und zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung als Entwicklungsfonds**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

**Artikel 1** - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

**Art. 2** - Für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes ist beziehungsweise sind zu verstehen unter:

1. Entwicklungsfonds: Organisationen, die Mikrofinanzierungsinstituten in Entwicklungsländern finanzielle Mittel in Form von Krediten, Garantien oder Beteiligungen zur Verfügung stellen wollen und den Kriterien von Artikel 3 § 1 entsprechen,

2. Mikrofinanzierung: das Gewähren von Kleinkrediten und anderen Finanzdienstleistungen an Personen, die ein Kleinunternehmen errichten oder bereits betreiben und keinen Zugang zu konventionellen Geldkreisläufen haben,

3. Entwicklungsländer: Länder, die im ersten Teil der Liste des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgenommen sind, mit Ausnahme der Mitgliedsstaaten der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE),

4. Mikrofinanzierungsinstituten: Einrichtungen in Entwicklungsländern, die Kleinkredite und andere Finanzdienstleistungen Personen gewähren, die ein Kleinunternehmen errichten oder bereits betreiben und keinen Zugang zu konventionellen Geldkreisläufen haben.

**Art. 3** - § 1 - Um als Entwicklungsfonds zugelassen zu werden, muss die antragstellende Organisation oder die antragstellende Abteilung einer Organisation folgenden Kriterien entsprechen:

1. die Rechtsform nach belgischem Recht annehmen:

a) einer nach dem Königlichen Erlass vom 8. Januar 1962 zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung der nationalen Genossenschaftsverbände und der Genossenschaften

b) oder einer Genossenschaft mit sozialer Zielsetzung im Sinne des Artikels 661 des Gesellschaftsgesetzbuches,

2. während der letzten drei Jahre anhand von Krediten, Garantien oder Beteiligungen ununterbrochen Finanzierungen entwickelt haben,
3. über ein Portfolio für Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern mit einem Mindestbetrag von 500.000 EUR verfügen,
4. satzungsmäßig eine soziale Zielsetzung verfolgen und keine Profitmaximierung betreiben.

§ 2 - Die Zulassung des Entwicklungsfonds ist für fünf Jahre gültig und erneuerbar.

§ 3 - Der König legt das Verfahren zur Erteilung und zum Entzug der Zulassung als Entwicklungsfonds fest.

**Art. 4** - In Titel II Kapitel III Abschnitt I des Einkommensteuergesetzbuches 1992 wird ein Unterabschnitt *IIterdecies*, der einen Artikel 145/32 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Unterabschnitt *IIterdecies* - Ermäßigung für Ausgaben zugunsten von Entwicklungsfonds - Rücknahme der Ermäßigung

Art. 145/32 - § 1 - Bei Zeichnung von Namensaktien, die von Entwicklungsfonds ausgegeben werden, wird eine Steuerermäßigung für Beträge, die während des Besteuerungszeitraums für ihren Erwerb gezahlt wurden, gewährt.

Die Steuerermäßigung wird unter folgenden Bedingungen und Modalitäten gewährt:

1. Die Aktien wurden von einem Entwicklungsfonds ausgegeben, der nach dem Gesetz vom 1. Juni 2008 zur Einführung einer Steuerermäßigung für Beteiligungen in Form von Aktien an Entwicklungsfonds für Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern und zur Festlegung der Bedingungen für die Zulassung als Entwicklungsfonds zugelassen ist.

2. Die gezahlten Beträge belaufen sich auf mindestens 250 EUR.

3. Die Aktien müssen außer im Todesfall ohne Unterbrechung während mindestens 60 Monaten im Besitz des Zeichners bleiben.

4. Im Falle einer Veräußerung hat der neue Besitzer kein Anrecht auf Steuerermäßigung.

5. Im Todesfall des Zeichners wird die vorher erhaltene Steuerermäßigung aufrechterhalten.

6. Der Zeichner legt der Erklärung zur Steuer der natürlichen Personen die in § 3 erwähnte Bescheinigung als Beleg bei.

Die Steuerermäßigung beläuft sich auf 5 Prozent der tatsächlich getätigten Zahlungen.

Jeder Ehepartner hat Anrecht auf die Ermäßigung, wenn die Aktien auf seinen eigenen Namen ausgestellt sind.

§ 2 - Wird die Bedingung unter § 1 Absatz 2 Nr. 3 während eines der Jahre nach dem Jahr der Zahlung nicht erfüllt, weil der Zeichner seine Aktien in den 60 Monaten nach ihrem Erwerb veräußert hat, wird die Steuer auf die Einkünfte des betreffenden Jahres um einen Betrag erhöht, der so viele Male einem Sechzigstel der gemäß § 1 tatsächlich erhaltenen Steuerermäßigung entspricht, wie es ganze Monate bis zum Ablauf der Frist von 60 Monaten gibt.

§ 3 - Jeder zugelassene Entwicklungsfonds erstellt jährlich vor dem 31. März des Steuerjahres folgende Belege:

a) für das Erwerbsjahr:

1. eine Zahlungsbescheinigung, die für den Steuerpflichtigen bestimmt ist, der im Laufe des Besteuerungszeitraums eine Aktie erworben hat, die zu einer Steuerermäßigung berechtigt, und sie bis zum 31. Dezember des Besteuerungszeitraums in seinem Besitz behält.

Der Steuerpflichtige fügt diese Zahlungsbescheinigung seiner Steuererklärung bei.

Folgende Angaben müssen mindestens auf dieser Zahlungsbescheinigung stehen:

- Name und Adresse des Steuerpflichtigen,
- Datum des Erwerbs der Aktie,
- gezahlte Summe, die für eine Steuerermäßigung in Frage kommt,
- Betrag der Steuerermäßigung.

Der König regelt die anderen Modalitäten und legt ein Musterformular fest,

2. eine Liste für den Bestenungsdienst mit allen Steuerpflichtigen, die im Laufe des Besteuerungszeitraums eine Aktie erworben haben, die zu einer Steuerermäßigung berechtigt.

Folgende Angaben müssen mindestens auf dieser Liste stehen:

- Name und Adresse des Steuerpflichtigen,
- Datum des Erwerbs der Aktie,
- gezahlte Summe, die für eine Steuerermäßigung in Frage kommt,
- Betrag der Steuerermäßigung.

Der König regelt die anderen Modalitäten und legt ein Musterformular fest,

b) für jedes Steuerjahr:

1. eine auf Papier oder elektronisch angefertigte Liste für den Bestenungsdienst mit allen Steuerpflichtigen, die im Laufe des Besteuerungszeitraums eine Aktie binnen fünf Jahren nach ihrem Erwerb veräußert haben, die zu einer Steuerermäßigung berechtigt hat.

Folgende Angaben müssen mindestens auf dieser Liste stehen:

- Name und Adresse des Steuerpflichtigen,
- Datum des Erwerbs der Aktie,
- Datum der Veräußerung der Aktie,
- Anzahl Monate, die für die Rücknahme der Steuerermäßigung in Frage kommen,
- Betrag, der für die Rücknahme der Steuerermäßigung in Frage kommt.

Der König regelt die anderen Modalitäten und legt ein Musterformular fest.»

**Art. 5** - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 1. Juni 2008

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen und der Institutionellen Reformen  
D. REYNDERS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Vizepremierminister und Minister der Justiz und der Institutionellen Reformen  
J. VANDEURZEN

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 4196

[C — 2008/00948]

**24 OKTOBER 2008.** — Koninklijk besluit tot vaststelling van het aantal zetels dat toegekend wordt aan het Nederlandse kiescollege en het Franse kiescollege voor de verkiezing van het Europees Parlement

#### VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

De wet van 5 maart 2004 tot regeling van de verdeling tussen de kiescolleges van het aantal in het Europees Parlement te verkiezen Belgische leden, heeft artikel 10, § 3, van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement gewijzigd, teneinde te voorzien in de vermindering van het aantal Europese parlementsleden dat België zal kunnen kiezen na de uitbreiding van de Europese Unie.

Het Europees Parlement bestaat momenteel uit 24 Belgische leden. Het Verdrag van Nice bepaalde echter dat dit aantal verlaagd zou worden naar 22 vanaf de legislatuur die zou volgen op de toetreding van Bulgarije en Roemenië, d.w.z. vanaf de Europese verkiezingen van 2009.

Artikel 9, punt 2, van het Verdrag tussen het Koninkrijk België, de Tsjechische Republiek, het Koninkrijk Denemarken, de Bondsrepubliek Duitsland, de Republiek Estland, de Helleense Republiek, het Koninkrijk Spanje, de Franse Republiek, Ierland, de Italiaanse Republiek, de Republiek Cyprus, de Republiek Letland, de Republiek Litouwen, het Groothertogdom Luxemburg, de Republiek Hongarije, de Republiek Malta, het Koninkrijk der Nederlanden, de Republiek Oostenrijk, de Republiek Polen, de Portugese Republiek, de Republiek Slovenië, de Slowaakse Republiek, de Republiek Finland, het Koninkrijk Zweden, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland (lidstaten van de Europese Unie), en de Republiek Bulgarije en Roemenië betreffende de toetreding van de Republiek Bulgarije en Roemenië tot de Europese Unie, hierna het toetredingsverdrag, gesloten op 25 april 2005, stelt zo het aantal Belgische vertegenwoordigers in het Europees Parlement op 22 vast voor de legislatuur 2009-2014.

Het Verdrag dat in Lissabon op 13 december 2007 tussen de 27 lidstaten van de Europese Unie getekend werd, voegt aan het verdrag betreffende de Europese Unie inzonderheid een artikel 9A toe waarin het volgende bepaald wordt: « Het Europees Parlement bestaat uit vertegenwoordigers van de burgers van de Unie. Hun aantal bedraagt niet meer dan zeventienhonderd vijftig, plus de voorzitter. De burgers zijn degressief evenredig vertegenwoordigd, met een minimum van zes leden per lidstaat. Geen enkele lidstaat krijgt meer dan zesennegentig zetels toegewezen.

De Europese Raad stelt met eenparigheid van stemmen op initiatief van en na goedkeuring door het Europees Parlement een besluit inzake de samenstelling van het Europees Parlement vast, met inachtneming van de in de eerste alinea genoemde beginselen. »

Toch is de inwerkingtreding van het Verdrag van Lissabon onwaarschijnlijk geworden vóór het houden van verkiezingen voor het Europees Parlement op 7 juni 2009, wegens het feit dat het ratificatieproces van dit Verdrag nog steeds aan de gang is en veel vertraging oploopt door de weigering hieromtrent van Ierland tijdens het referendum van 12 juni 2008.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 4196

[C — 2008/00948]

**24 OCTOBRE 2008.** — Arrêté royal déterminant le nombre de sièges attribués au collège électoral français et au collège électoral néerlandais pour l'élection du Parlement européen

#### RAPPORT AU ROI

Sire,

La loi du 5 mars 2004 organisant la répartition entre les collèges électoraux du nombre de membres belges à élire au Parlement européen, a modifié l'article 10, § 3, de la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen afin d'anticiper la diminution du nombre de parlementaires européens que la Belgique pourra élire après l'élargissement de l'Union européenne.

Le Parlement européen comprend actuellement 24 membres belges. Le Traité de Nice prévoyait toutefois que ce nombre serait réduit à 22 à partir de la législature qui suivrait l'adhésion de la Bulgarie et de la Roumanie, c'est-à-dire à partir des élections européennes de 2009.

L'article 9, point 2, de l'Acte final du Traité entre le Royaume de Belgique, la République tchèque, le Royaume de Danemark, la République fédérale d'Allemagne, la République d'Estonie, la République hellénique, le Royaume d'Espagne, la République française, l'Irlande, la République italienne, la République de Chypre, la République de Lettonie, la République de Lituanie, le Grand-Duché de Luxembourg, la République de Hongrie, la République de Malte, le Royaume des Pays-Bas, la République d'Autriche, la République de Pologne, la République portugaise, la République de Slovénie, la République slovaque, la République de Finlande, le Royaume de Suède, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (Etats membres de l'Union européenne) et la République de Bulgarie et la Roumanie, relatif à l'adhésion de la République de Bulgarie et de la Roumanie à l'Union européenne, ci-après le Traité d'adhésion, fait à Luxembourg le 25 avril 2005, fixe ainsi le nombre de représentants belges au Parlement européen à 22 pour la législature 2009-2014.

Le Traité, qui a été signé à Lisbonne le 13 décembre 2007 entre les 27 Etats membres de l'Union européenne, insère notamment dans le traité sur l'Union européenne un article 9A stipulant que: « Le Parlement européen est composé de représentants des citoyens de l'Union. Leur nombre ne dépasse pas sept cent cinquante, plus le président. La représentation des citoyens est assurée de façon dégressivement proportionnelle, avec un seuil minimum de six membres par Etat membre. Aucun Etat membre ne se voit attribuer plus de quatre-vingt seize sièges.

Le Conseil européen adopte à l'unanimité, sur initiative du Parlement européen et avec son approbation, une décision fixant la composition du Parlement européen, dans le respect des principes visés au premier alinéa. »

L'entrée en vigueur du Traité de Lisbonne est devenue hautement improbable avant la tenue des élections du Parlement européen du 7 juin 2009 dans la mesure où le processus de ratification de ce Traité est toujours en cours et est fortement retardé par le refus prononcé à ce sujet par l'Irlande lors du référendum du 12 juin 2008.